

# Protokoll der Mitgliederversammlung vom 25. Oktober 2021

## Traktandenliste

1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler
2. Abstimmungen vom 28. November 2021
  - ▶ Referendum «Covid-19-Gesetz»
  - ▶ «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren»
  - ▶ Initiative «Für eine starke Pflege»
3. Protokoll vom 26.8.2021
4. GRÜNE Frauen
5. Bericht aus der Fraktion
6. Verschiedenes und Umfrage

## Anwesende Mitglieder (38):

Kurt Egger, Barbara Imholz, Sven Blum, Mathias Kreier, Mathias Volkart, Stefan Mann, Simon Weilenmann, Tobias Egloff, Heidi Heine, Beni Braun, Didi Feuerle, Ueli Keller, Heike aus der Au, Franz Portmann, Andreas Schmidt, Jost Rüegg, Christoph Meili, Toni Kappeler, Walter Kehl, Cornelia Hauser, Brigitta Engeli, Erika Hanhart, Michael Pöll, Simone Reinhart, Sandra Reinhart, Verena Fankhauser, Simon Vogel, Jürg Joss, Priska Steiger, Klemens Bont, Stephan Wyss, Peter Wildberger, Heidi Bieri, Yannik Müller, Rosmarie Gisler, Mathis Müller, Georg Wider, Julia Steiner

## Gäste:

Herrmann Lei (SVP), Sandra Renggli, Barbara Dätwyler (SP)

## Entschuldigt:

Urs Renggli, Marco Bertschinger, Brigitta Hartmann, Cornelia Wetzel, Gaby Zimmermann, Peter Dransfeld, Seraina Lansel, Karin Bétrisey

## 1. Begrüssung, Wahl der Stimmenzähler

Kurt begrüsst die Anwesenden in der Aula des BZT in Frauenfeld. Aus Rücksicht auf die ReferentInnen wird die Reihenfolge der Traktanden gegenüber der Einladung verändert. Dagegen gibt es keine Einwände.

Als Stimmenzähler wird Jürg Joss ausgewählt.

## 2. Abstimmungen vom 28. November 2021

### ▶ Referendum «Covid-19-Gesetz»

Kontradiktorische Diskussion, Moderation Kurt Egger

Pro: Andreas Schmidt, Präsident GRÜNE Bez. Münchwilen; Contra: Hermann Lei (SVP)

Andreas Schmidt betonte, dass das Gesetz den Behörden ermöglicht, mit geeigneten, verhältnismässigen und datenschutzfreundlichen Massnahmen die Pandemie zu bewältigen. Das Referendum gegen das Covid-19-Gesetz schein lediglich dazu zu dienen, den Behörden einen Denkkzettel für ihre Corona-Politik zu verpassen. Zudem setzten die die Referendumsführer\*innen auf das falsche Gesetz: Die epidemiologischen Massnahmen, an welchen sie sich vor allem stören, sind nämlich im Epidemiengesetz geregelt

Hermann Lei ist der Meinung, dass mit dem Gesetz Ungeimpfte diskriminiert werden, weil auch Geimpfte Virusträger sein können und somit auch ansteckend sein können. Ebenso kritisiert Hermann Lei die zusätzliche Macht des Bundesrates und den indirekten Impfwang, der mit dem Gesetz entstehe.

**Diese Gesetzesänderung wurde im Nationalrat mit 169 Ja, 13 Nein und 13 Enthaltungen und im Ständerat mit 44 Ja (einstimmig) angenommen. Wir stimmen also über diese Gesetzesänderung ab, da das Referendum ergriffen wurde.**

Die nachfolgende Diskussion wird engagiert und erwartungsgemäss sehr kontrovers geführt.

Erika kann keinen Machtgewinn für den Bundesrat ausmachen. Was hat der von Maske und Zertifikat? Zudem sein das meiste bereits im Epidemiengesetz, das vom Volk ja mehrheitlich angenommen wurde.

Simon Vogel weist darauf hin, dass der "Blick" als Quelle unwissenschaftlich sei. Die Auswertung von Rohdaten ist schwierig, das kann er aus eigener wissenschaftlicher Erfahrung sagen. Vieles, was in die Daten interpretiert werde, sei unwissenschaftlich und somit "Fake-News".

Verena meint, mit den Vorschriften werden die Menschen nicht gestraft, sondern geschützt. Wer eine Diktatur sehen wolle, der müsse nach Nordkorea, Syrien oder in die Türkei. In den Spitälern fehlen keine Betten, sondern Personal.

Christoph meinte, das Zertifikat diene der Unterdrückung, die Speicheltests seinen nur zu 20% sicher, bereits im Mai 21 seine ja alle Willigen geimpft worden. Er vertraue auf die Natur, die biete Lösungen an, wenn es solche brauche. Die Grünen seien gegen Gentechnik, dann müssten sie auch gegen die Impfungen sein. Damit mäste man nur die Pharmaindustrie.

Brigitta bemängelt, dass Genesene ohne Nachweis kein Zertifikat bekämen und es schliesslich auch Impfdurchbrüche gebe. Viele Alte Leute haben keine Angst vor dem Tod, sie wollten eigentlich sterben. Bei 80% geimpft oder genesen sei die Herdenimmunität ja schon erreicht, die Risikogruppen immunisiert. Engpässe auf den IPS seinen keine Legitimation für eine Einschränkung der Demokratie.

Erika: seit langem sinkt die Lebenserwartung wieder. Staaten, die vor nicht allzu langer Zeit Probleme mit z.B. Polio hatten, sind viel besser bei den Impfungen (Portugal)

Ein Votant meinte, die Verfassung werde ausgehebelt, unsere Freiheit sei gefährdet. Symptomlose seien nicht ansteckend und die Parma wolle nur Geld verdienen, die wollen uns alle verarschen.

Yannik meint, Verfassung und Grundrechte sind nicht absolut in der Schweiz (Initiativen und Referenden). Freiheiten gelten nie absolut. Diskriminierung liege hier nicht vor, das sei eine Ungleichbehandlung ohne Grund, und hier gebe es einen Grund. Hier liege eine sachliche Unterscheidung vor und die öffentliche Gesundheit werde geschützt (wie auch z.B. bei Drogen und Autofahren)

Peter hat in den 50er-Jahren noch viele Polio-Fälle erlebt. Damals gab es keine Diskussionen um Impfungen, heute ist Polio zum Glück fast ausgestorben. Auch die Pocken gibt es nicht mehr. Das Zertifikat habe durchaus eine Wirkung – es ermögliche mehr Freiheiten.

Heidi findet es wichtig Long-Covid zu verhindern. Der Weg dorthin kann aber verschieden sein. Freiwilligkeit ist für sie aber wichtig. Sie findet die Massnahmen gut und richtig, obwohl sie nicht geimpft sei. Der Bundesrat habe einen guten Job gemacht, alles andere seien persönliche Entscheidungen jedes Einzelnen.

Jost freut sich über die engagierte Diskussion. Er ist sich nicht sicher, ob er durch seine Impfungen wirklich entsprechend geschützt ist. Auch die Bestimmung des Titers sei, gemäss seinem Arzt, nicht aussagekräftig. Er findet Impfungen gut, will so das Gesundheitswesen entlasten und empfiehlt das Gesetz zur Annahme.

Schlussworte der Referenten:

Hermann Lei warnt vor Diskriminierung, Überwachung und dem Zwang zu Dauerimpfungen.

Andreas Schmidt zeigt am Beispiel Brasilien, wie man es nicht machen sollte, auch die Natur richte nicht alles (Long-Covid, Allergien, Autoimmunerkrankungen) und warnt vor dem "Feindbild Bundesrat".

**Abstimmungsergebnis: 30 JA, 7 NEIN, 0 Enthaltungen ➔ JA-Parole**

### ► «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren»

Informationen von Sandra Renggli, Vorstand für den Bund für Gerechtigkeit (Adrian Gasser konnte leider nicht kommen.)

Sie bemängelte vor allem die Tatsache, dass die höchsten Richterinnen und Richter in der Schweiz durch die Parteien bestimmt werden. Die Parteimitgliedschaft nehme dadurch eine wesentlich wichtigere Rolle ein als die fachliche Qualifikation der Bewerberinnen und Bewerber. Zudem fallen Mandatsabgaben für die Parteien an, das sei stossend und so werde das Amt "erkauft".

Sie bezeichnet dieses Verfahren als verfassungswidrig, die Gewaltentrennung werden nicht beachtet und die Richter seien deshalb nicht unabhängig. Ein Bundesrichter kann abgewählt werden und so nehme die Legislative auf die Judikative Einfluss.

Der Vorschlag der Initiative stellt sich folgendermassen dar: Eine Fachkommission überprüft die Bewerberinnen und Bewerber auf ihre fachliche Qualifikation. Anschliessend werden die BR im Losverfahren unter diesen Bewerbungen ermittelt. Nur so haben auch Parteiunabhängige eine Chance Bundesrichter\*innen zu werden. Diese sind dann bis zum Pensionsalter im Amt.

In der Diskussion wird unter anderem vorgebracht, die lebenslängliche Amtszeit sei unsympathisch (siehe USA). Kurt meint, es sei bisher noch nie ein Bundesrichter abgewählt worden.

Die Parität (Geschlechter, Sprachen, Landesregionen, ...) ist nicht sichergestellt, das müsse dann der Bundesrat (und der Zufall) regeln.

Die Mandatsabgaben sind auch den Grünen unsympathisch, allerdings stellen sie auch eine wichtige Einnahmequelle der Parteien dar, in anderen Ländern werden Parteien vom Staat finanziert.

Kurt meint, das jetzige System (d.h. Wahl nach Parteienproporz) hingegen stelle sicher, dass die ganze Breite an Weltanschauungen, Regionen und Geschlechter am Gericht angemessen vertreten ist. Die Schweiz brauche eine starke, unabhängige und breit anerkannte Justiz als dritte Gewalt.

**Abstimmungsergebnis: 14 JA, 19 NEIN, 5 Enthaltungen**

Antrag aus Stimmfreigabe wurde gestellt, Ergebnis: 21 JA, 8 NEIN, 6 Enthaltungen ➔ **Stimmfreigabe**

### ► Initiative «Für eine starke Pflege»

Informationen von Barbara Dätwyler, Stadträtin und Kantonsrätin, Frauenfeld, SP

Die Qualität der Pflege in der Schweiz ist gefährdet. Derzeit sind 11'700 Stellen in der Pflege unbesetzt und bis 2029 braucht es weitere 70'000 neue Pflegende. Zudem verlassen 4 von 10 Pflegenden ihren Beruf frühzeitig. Mit einem JA zur Pflegeinitiative wird die Pflegequalität gesichert. Die Kernforderungen sind:

Mehr Pflegende ausbilden – Ausbildungsoffensive starten

Bund und Kantone müssen in die Ausbildung investieren. Mit mehr Ausbildungsplätzen und besseren Ausbildungslöhnen lässt sich die Zahl der BerufseinsteigerInnen erhöhen

Berufsausstiege verhindern – Arbeitsbedingungen verbessern

Es braucht eine verlässliche Zeit- und Dienstplanung, familienfreundliche Strukturen und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten. Der Lohn muss den hohen Anforderungen und der grossen Belastung entsprechen.

Pflegequalität sichern – genügend Pflegenden garantieren

Es braucht genügend Pflegefachpersonen auf allen Abteilungen, damit die Pflegequalität gesichert werden kann. Voraussetzung ist die angemessene Finanzierung der Pflegeleistungen.

Barbara stellt das Thema übersichtlich und eloquent dar. Es gibt dennoch einige Fragen dazu.

Warum der Gegenvorschlag nicht besser sei, da man ihn schneller umsetzen könne.

Das Parlament hat auch bei einer Annahme der Initiative die Möglichkeit, diese Punkte schnell umzusetzen. Das ist also kein Grund die Initiative abzulehnen. Zudem muss die Initiative innerhalb von 18 Monaten umgesetzt werden.

Ist es wahr, dass die dreijährige Ausbildung, also die FaGe, nicht von der Initiative profitieren?

Das stimmt nur zu einem kleinen Teil. Durch die Abgeltung der Pflegeleistungen profitieren natürlich alle. Aber der Schwerpunkt liegt tatsächlich auf der sechsjährigen Ausbildung.

Werden die Gesundheitskosten nicht extrem steigen?

Allein durch die demographische Entwicklung wird das passieren. Durch eine gute Pflege können aber eventuell sogar Kosten eingespart werden, das hat sich bei einer Untersuchung gezeigt. Probleme werden frühzeitig erkannt und so teure und belastende Behandlungen verhindert oder zumindest früh genug erkannt.

**Abstimmungsergebnis: Einstimmig JA, 0 NEIN, 0 Enthaltungen ➔ JA-Parole**

### 3. Protokoll vom 26.8.2021

Das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung vom 26.8.2021 wird ohne Änderungen angenommen.

### 4. GRÜNE Frauen

Heidi gibt einen Überblick über die Gründung der Grünen Frauen und die seitdem erfolgten Aktivitäten. Nun möchten sie und Brigitta Engeli (die sich die Leitung der Grünen Frauen teilen) den Stab gerne an andere Frauen weiterreichen.

Die Frauen sollen mehr Einfluss in der Politik und in der Gesellschaft erhalten. Ein Frauenanteil im KR von 34% ist nicht schlecht, aber es werden natürlich 50% angestrebt.

Heidi wünscht sich für die Zukunft paritätische Kandidat\*innenlisten für alle Wahlen. Barbara informiert sie, dass bereits seit mindestens 15 Jahren ALLE Grünen Listen paritätisch waren, die ihr im Sekretariat bekannt seien. dieses Ziel ist also bereits erreicht.

Gesucht werden also aktive und motivierte Grüne Frauen, die die Gruppierung leiten und in Zukunft die Anliegen der Frauen vertreten und fördern. Interessierte Frauen sollen sich bitte entweder bei Heidi direkt oder natürlich auch bei Kurt melden.

### 5. Bericht aus der Fraktion

Informationen von Sandra Reinhart, Fraktionspräsidentin der GRÜNEN TG

Seit der letzten MV gab es drei Kantonsratssitzungen und 3 Fraktionssitzungen, eine weitere ausserordentliche Fraktionssitzung auf Einladung der SP. Die Veranstaltung fand im Ergänzungsbau der PH statt und war mit hochkarätigen Gästen besucht, die Rede und Antwort standen.

Rückblick auf einige Geschäfte: Die Landeskirchenverfassung und die Überarbeitung des Veterinärgesetzes. Karin Bétrisey hat einen Vorstoss über die Bildung einer ständigen Kommission Klima, Energie und Umwelt lanciert, der abgelehnt wurde

Alle zwei Monate soll in Zukunft eine Fragestunde stattfinden, bei der der Regierungsrat niederschwellig Rede und Antwort steht. (Vorstoss Hermann Lei)

Ausblick: Demnächst wird das Budget 2022 beraten. Der Regierungsrat schlägt eine Steuersenkung von 5 Prozentpunkten vor. Das wird in der Budgetdebatte sicher viel Anlass zu Diskussionen geben, zumal immer wieder betont wird, das hohe Ausgaben zu erwarten oder mindestens eigentlich notwendig wären.

### 6. Verschiedenes und Umfrage

Die Unterschriftensammlung für die Initiative «Stop-F35» läuft. Am 20. November ist ein Sammeltag angesetzt. Kurt bittet die Bezirke diesbezüglich etwas zu organisieren.

Die Eidgenössische Volksinitiative 'Mikrosteuer auf dem bargeldlosen Zahlungsverkehr' wurde lanciert.

22.00h Ende der Mitgliederversammlung

**Die nächste Mitgliederversammlung: Dienstag, 25. Januar 2022 im Bezirk Münchwilen**

Barbara Imholz, 29.10.2021